

Landtagswahl 2017 NRW - Denkzettel für Rot/Grün durch- aus berechtigt - Wahlerfolg für Schwarz/Gelb unverdient

Zu Beginn der Legislaturperiode 2012/13 war die Bildungspolitik nach langer Zeit ein Gewinnerthema der Landespolitik. Das änderte sich insbesondere mit der Umsetzung der Inklusion...



Behrend Heeren
Vorsitzender der
GGG NRW

BEHREND HEEREN

Mit der Umsetzung der Inklusion wurde ein gutes Ziel handwerklich so miserabel umgesetzt, dass die Inklusion selbst an gesellschaftlicher Akzeptanz verloren hat. Die Opposition hat die Kritik gerne aufgegriffen und verstärkt, ohne eine Perspektive für eine gelingende Inklusion aufzuzeigen.

Die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Inklusion müsste natürlich auch an allen Schulen aller Schulformen umgesetzt werden. Tatsächlich wird die Schulform Gymnasium weitgehend von der Inklusion ausgenommen. Die Hauptlast tragen die integrierten Schulen. Dort findet die Inklusion in zu großen Klassen statt. Die notwendige Doppelbesetzung mit Förderlehrern gibt es nur eingeschränkt. So kommen weder die Regelschüler noch die Schüler mit besonderem Förderbedarf zu ihrem Recht. Unter diesen Bedin-

gungen weichen Eltern bei der Schulwahl zunehmend inklusiven Schulen aus. Die GGG NRW hat wiederholt auf diesen untragbaren Zustand hingewiesen. Eine Änderung erfolgte nicht.

Schulkonsens führt zu neo-liberaler Politik der Ermöglichung

Ähnliches gilt für den Schulkonsens. Endlich wurde dadurch die Diskussion um und über die integrierten Schulen entideologisiert. Nach einer langen Zeit des Stillstandes gab es ab 2012 eine Welle von Neugründungen von Gesamt- und Sekundarschulen. Die notwendige Begleitung des Prozesses blieb allerdings aus. Der Prozess lief ungesteuert unter der neuen neoliberalen Politik der Ermöglichung. Oberflächlich betrachtet ist die Verdoppelung der Zahl der integrierten Schulen ein Erfolg in Richtung der einen

Schule für alle. Bei genauerer Betrachtung sind jedoch Probleme innerhalb des integrierten Systems und in der Schulstruktur insgesamt deutlich erkennbar. Das Land hat seine Steuerungsfunktion komplett aufgegeben. Die Schulentwicklung ist an die kommunale Ebene abgegeben worden. Die Folge ist ein schulischer Flickenteppich mit regional unterschiedlichen Bildungslandschaften und damit zunehmend ungleichen Bildungschancen.

Gesamtschulen haben immer noch die größten Klassen

Nicht akzeptabel: Im Gießkannenprinzip wurden die Klassenfrequenzen aller Schulformen reduziert, während der ebenfalls im Schulkonsens vereinbarte Sozialindex nicht umgesetzt wurde. Letzteres wäre positiv für die integrierten Schulen gewesen. Diese werden nach wie vor nicht entsprechend ihrer Aufgabenfülle mit Personalressourcen ausgestattet. Eine Folge: Die höchste Klassenfrequenz aller Schulformen. Die GGG NRW hat frühzeitig und wiederholt auf die sich abzeichnenden Probleme bei der Umsetzung der Inklusion und der Umsetzung des Schulkonsenses hingewiesen. Insgesamt haben wir – mit wenigen Ausnahmen – ein verständliches Desinteresse des Grün geführten Schulministeriums und

der Landtagsabgeordneten der rot-grünen Koalition an den von der GGG NRW wiederholten Beratungsangeboten feststellen müssen.

Perspektiven für die integrierten Schulen unter der neuen Landesregierung ungewiss

Leider kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass sich unter der neuen Landesregierung die Bedingungen im Sinne einer fortschrittlichen Bildungspolitik verbessern werden. Zumindest die Ankündigung des FDP-Chefs, Christian Lindner, die ohnehin privilegierte Schulform Gymnasium gezielt stärken zu wollen, lässt befürchten, dass zumindest Gelb auch im Schulbereich ganz ungenügend Klientelpolitik betreiben wird. Zu hoffen ist, dass die CDU weiter alle Schulformen, und somit auch die integrierten Schulen, als ihre Schulen sieht.

Die GGG NRW wird weiterhin im Interesse der integrierten Schulen die Bildungspolitik der künftigen Landesregierung kritisch begleiten. Wir werden aber auch weiterhin unsere sachkundige Beratung anbieten. Das gilt natürlich auch für die Parteien der künftigen Opposition.